

# Für die Einheit der Ta\*

Zum Kongreß für Brot, Kohle,  
Gerechtigkeit und Frieden

Wenn diese Zeilen erscheinen, ist der Kongreß für Brot, Kohle, Gerechtigkeit und Frieden wahrscheinlich bereits in Hannover abgeschlossen. Sein Beginn war für den 2. November 1947 festgelegt. Die Beratungen des Kongresses über die Lebensfragen der werktätigen Bevölkerung, über die Wege, die zu einem einheitlichen Tatwillen und zu geeinter Tat gegen kommende Not, gegen Hunger und Kälte des Winters führen sollen; ferner die voraussichtlichen Beschlüsse des Kongresses, seine Vorbereitung — kurz: der gesamte Kongreß stellt ein Ereignis dar, das nicht nur für Hannover und Niedersachsen von höchster Bedeutung ist, sondern in seinen Einzelheiten auch die stärkste Beachtung in allen übrigen Teilen der Westzonen finden wird. Obwohl also die Leser in der Zwischenzeit über den Kongreßverlauf schon aus der Tagespresse unterrichtet sein dürften, geben wir die nachfolgende Abhandlung über den Kongreß deshalb wieder, weil ihrem konzentrierten Inhalt für alle Freunde der sozialistischen Einheit in den Westzonen ein über die Tagesinteressen weit hinausreichender Wert beizumessen ist.

Die Redaktion

Einberufer des Kongresses ist keine der bestehenden politischen Parteien, sind nicht die Gewerkschaften, nicht eine der sonstigen zugelassenen Organisationen; Einberufer des Kongresses sind einzelne Sozialdemokraten, Kommunisten und parteilose Sozialisten, die sich in einem Landesgründungsausschuß zur Bildung der SED zusammengeschlossen haben. Dieses Gründungskomitee ist der Ausdruck einer tiefgehenden Einheitsbewegung in Niedersachsen; es hat seine Basis in einer Anzahl von Kreis- und Betriebsausschüssen, in denen Mitglieder der KPD, der SPD und Parteilose vereinigt sind.

Bereits im August 1947 wandte sich das Komitee mit einem Aufruf an die Bevölkerung, in dem der Weg zur Erfüllung der Forderungen nach Brot und Kohle, Gerechtigkeit und Frieden aufgezeigt wurde: die Schaffung der sozialistischen Einheit. Wie sehr den Einberufern des Kongresses die Bildung einer einzigen sozialistischen Partei keine rein organisatorische Frage bedeutet, sondern wie sehr ihre Arbeit beseelt ist von dem Willen, die Not des Volkes zu wenden, seine Ernährung, seine Versorgung und seine demokratische und friedliche Zukunft zu sichern, zeigt das Programm, das sie dem Kongreß gegeben haben, und zwar:

## Zur Sicherung der Ernährung

Gerechte Erfassung der Ernteerträge. Stufung der Ablieferung nach Größe und Anbaufläche und Qualität des Bodens. Prämien für vorzeitige und Mehrablieferungen. — Nach der formellen Auflösung des Reichsnährstandes Entfernung der nazistischen und anderen reaktionären Beamten, Besetzung der leitenden Positionen der Landwirtschaftskammer mit tüchtigen und bewährten Demokraten. — Durchführung der Bodenreform, Enteignung des Großgrundbesitzes über 100 ha und des Bodens aller Naziaktivisten, Überführung des Bodens an die Umsiedler, Landlosen und Landarmen. — Unantastbarkeit des Eigentums der Bauern. — Wiederzuweisung Deutschlands zum Walfang. — Wiederaufnahme der synthetischen (künstlichen) Fetterzeugung. — Erhöhte Kunstdüngerherstellung. — Als Mindestrationen fordert das Programm Wiederherstellung der alten Sätze: 600 g Fleisch, 400 g Fett, 11 250 g Brot (für 4 Wochen).

# WIR FORDERN:

600 g Fleisch

400 g Fett

11250 g Brot

# BROT KOHLE GERECHTIGKEIT FRIEDEN

TATSACHEN:

Der Mensch braucht 75 g Fett pro Tag zum Leben.

Wir erhielten in der letzten Zuteilungsperiode 3,3 g Fett pro Tag.

TATSACHEN:

Dr. E. Buschmann erklärt: 40 Proz. der Bevölkerung sind am verhungern. Das bedeutet für die britische Zone: 10 Millionen Menschen sind am verhungern.

TATSACHEN:

Uns wurde versprochen: Nach dem Zusammenschluß der amerik. und brit. Zone und Bildung des Wirtschaftsrates — erhöhte Rationen.

TATSACHEN:

Die Wahrheit ist — Die Rationen wurden gekürzt!

Eines der zahlreichen Plakate, auf denen die Programmforderungen des Hannoverischen „Kongresses für Brot, Kohle, Gerechtigkeit und Frieden“ verkündet wurden.

## Zur Sicherung der Versorgung und des Hausbrandes

Zubilligung eines Kohlenmoratoriums (würde bedeuten, daß vorbestimmte Pflichtlieferungen von Kohle während des Moratoriums nicht geleistet zu werden brauchen. Red.), das die Stilllegung von Betrieben verhindert und die Produktion von Bedarfsgütern ermöglicht. — Kein Kohlen- und Holzexport (also keine Ausfuhr von Rohstoffen. Red.), Austausch von deutschen Qualitätswaren gegen Lebensmittel und Rohstoffe. — Überführung der Kohlengruben in die Hände des Volkes. — Deutsche demokratische Verwaltungen für Kohle, Eisen und Stahl. — Die Mindestforderung von 14 Zentnern Steinkohle (oder deren Heizwert) für jeden Haushalt wird gestellt. i

## Zur Wahrung der Gerechtigkeit

Angesichts der Preissteigerungen Aufhebung des unsozialen Lohnstopps. — Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. — Kontrolle von Produktion und Verteilung durch Verbraucherausschüsse. Strenge Bestrafung der Großschieber und Schwarzhändler. — Volle Gleichberechtigung für die Umsiedler. — Schnelle Entlassung der Kriegsgefangenen. — Klarheit über die Reparationsforderungen. — Aller Besitz der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis wird Besitz des deutschen Volkes. — Konsequente (also nicht durch falsche Rücksichten und ungerechtfertigte Nachgiebigkeit beeinflusste! Red.) Entnazifizierung, Bestrafung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten von deutschen Gerichten, Anerkennung der nominellen Pfg als gleichberechtigte Staatsbürger.